

14. Nov. 02. 05. 2011

Linke: Schulgesetz geht in falsche Richtung

Hanau (pm/upn). An den beabsichtigten Kürzungen im Bildungsbereich, dem vermutlichen Wegfall des Staatlichen Schulamtes in Hanau und dem neuen Schulgesetz üben der Fraktionsvorsitzende der Hanauer Linken, Jochen Dohn, und die bildungspolitische Sprecherin der Linken-Landtagsfraktion, Barbara Cárdenas, in einer Pressemitteilung harsche Kritik. „Wie Hanaus Schuldezernent Dr. Ralf-Rainer Piesold dazu kommt, zu glauben, dass der neue Entwurf des Hessischen Schulgesetzes in die 'richtige Richtung' geht, kann nur mit Parteitreue zur Kultusministerin Dorothea Henzler erklärt werden“, verweist Dohn auf die beiden Politiker mit FDP-Parteibuch. Zwar sehe es Dr. Piesold ebenso, dass gerade die kommunalen Schulträger vieles ausbaden müssten, was auf Landesebene vergeigt wurde, jedoch spreche der Hanauer Schuldezernent nur von 'einigen Schwachstellen und Lücken'

im neuen Schulgesetz. Dabei müsse er wissen, dass gerade die Umsetzung der UN-Konvention zur inklusiven Beschulung von der Landesregierung durch den Gesetzesentwurf eher verhindert, anstatt gefördert werde. „Die erforderlichen Mittel für Personal und Ausstattung werden trotz Konnexitätsprinzip von Landesseite nicht zur Verfügung gestellt. Ganz im Gegenteil. Die Schulen und Lehrkräfte werden alleine gelassen. Auch die kommunalen Schulträger werden dies leider nicht ausgleichen können und auch nicht wollen“, bedauert Dohn. Für die beiden Linken-Politiker steht fest: „Wir brauchen in Hessen endlich flächendeckende Ganztagschulen, in denen die Hausaufgaben zu Schulaufgaben werden und Freizeitangebote auch ihren Platz finden. Zudem benötigen alle Schulen Sozialarbeiter und müssen gut ausgestattet sowie barrierefrei sein“, heißt es abschließend.